

Der in den vergangenen Tagen ausgebrochene Streit über einen möglichen Umzug der Konzernzentrale der DB AG könnte für die weitere Entwicklung des Unternehmens und seine Beschäftigten schädlich sein. Das befürchtet die Verkehrsgewerkschaft GDBA und ruft alle Beteiligten zur Mäßigung auf.

Politisches Augenmaß bei Standortdiskussion

Die von der DB AG angestrebte Beteiligung an der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) sowie der Hamburger Hochbahn (HHA) ist aus Sicht der Verkehrsgewerkschaft GDBA für die weitere Entwicklung des Unternehmens im Logistikmarkt – ebenso wie im Bereich der Stadtverkehre – wirtschaftlich sinnvoll. Damit könnten nicht nur Arbeitsplätze gesichert sondern möglicherweise auch neue geschaffen werden. Ob in diesem Zusammenhang

ein Standortwechsel der Konzernzentrale erforderlich ist, sollte nach Auffassung der Verkehrsgewerkschaft GDBA sehr genau geprüft werden. Alle Vor- und Nachteile müssen gewissenhaft abgewogen werden.

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA hat deshalb den Bahnvorstand aufgefordert, in dieser Frage insbesondere die Belange der betroffenen Beschäftigten zu berücksichtigen und sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch deren Interessenvertreter eng in den Prozess einzubinden. Dies hat der Vorsit-

zende des Vorstandes der DB AG in einem Gespräch am 28. November 2005 ausdrücklich zugesagt.

Die politisch Verantwortlichen in Berlin und Hamburg, insbesondere aber auch die Vertreter der Bundesregierung, fordert die Verkehrsgewerkschaft GDBA auf, den weiteren Prozess mit Augenmaß zu begleiten. Unternehmerisch sinnvolle Entscheidungen, die letztlich Beschäftigung im Bahnkonzern sichern, dürfen nicht durch politische Auseinandersetzungen gefährdet werden.

Spitzengespräch mit Bundesverkehrsminister

Zu einem informativen Hintergrundgespräch sind am Dienstagabend, den 29. November, die Vorsitzenden der Verkehrsgewerkschaft GDBA und der Gewerkschaft Transnet, Klaus-Dieter Hommel und Norbert Hansen, mit dem neuen Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee zusammengekommen.

Diskutiert wurde unter anderem über das Gutachten zum Börsengang der Deutschen Bahn sowie über mögliche Umzugspläne der DB AG. Wolfgang Tiefensee legte dabei die Vorstellungen seines Ministeriums dar.

Die Gewerkschaftschefs machten ihre Positionen deutlich und stellten noch einmal fest, dass



auch die berechtigten Interessen der Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter in der Frage eines möglichen Standortwechsels

nicht unberücksichtigt bleiben dürften.